

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seifer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon 208.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige
Petitzeit oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 19. Sonnabend, den 6. Mai 1916. 20. Jahrgang.

Bericht des Internationalen Steinarbeitersekretariats.

(Der deutsche Bericht wurde weggelassen.)
Schweiz. Die Arbeitslage war eine befriedigende. Die
Verbandsleitung führte eine Arbeitsvermittlung ein, um allen
Kollegen Beschäftigung, wenn auch auswärts, zu ermöglichen. Dies
gelang vollständig.

Eine Sektion, die Zeugnisausgabe verlangte, wurde vom Bau-
meisterverband strikt abgewiesen. Dieser Meisterverband drohte
sogar den Steinmetzmeistern in St. Margrethen mit Ruhe, weil sie
mit der Arbeiterorganisation einen Tarif abschlossen. Man hielt
aus all diesem, daß die Rettung der Meisterorganisation durch den
Krieg und auch den bestehenden Mangel an Arbeitern nichts gelernt
hat und viel lieber den Ruin der Steinindustrie fördert, als auf
irgendwelche Forderungen einzugehen.

Besseres Verständnis treffen wir bei den Behörden, doch haben
diese immer mit Finanzschwierigkeiten zu rechnen, die sie an der
Herausgabe größerer Arbeiten oft hindert. Die Regierung im
Kanton St. Gallen zahlt den Arbeiterorganisationen 50 Proz. der
ausbezahlten Arbeitslosenunterstützung zurück, diejenige vom Kanton
Zürich 35 Proz.

Neuaufnahmen waren in diesem Quartal 40. Ueber die Ar-
beitslosigkeit in organisierten Hinsicht ist zu sagen, daß diese
in der deutschen Schweiz als allgemein gute bezeichnet werden kann.
Die Sektionen bereiten sich allerorts für die nötigen Arbeiten bei
Friedensschluß vor. Nur wenige ehemalige Mitglieder sind es, die
abgefallen sind und heute noch aufstehen, diese rekrutieren sich
speziell aus Kollegen der italienischen Sprache und arbeiten in
Orien, wo zur Zeit Agitation oder Zwang umwühlend ist. Im
Zessin haben wir nochmals in einigen Orten den Versuch der Neu-
bildung der Organisationen gemacht, leider erfolglos.

Der Verband Kongress, der schon letztes Jahr hätte stattfinden
sollen, ist nun auch dieses Jahr wiederum verschoben worden, indem
bei einer Umfrage von 16 Sektionen 12 dafür stimmten, denselben
bis zum Eintritt normaler Zeiten zu verschieben.

Die Genossenschaft der Steinhauer in Zürich, die vom Ver-
bandsamt geleitet wird, hat nunmehr ihr vieres Tätigkeitsjahr
hinter sich und ist größtenteils mit staatlichen Arbeiten betraut.
Solche sind auch für dieses Jahr wieder einige in Aussicht.

Österreich. Der Beschäftigung in der Steinindustrie hat sich
auch im ersten Quartal 1916 nicht viel gebessert. Doch finden die
wenigen vorhandenen Arbeitskräfte ausreichende Beschäftigung. An
qualifizierten Arbeitskräften herrscht sogar Mangel, so daß sich die
Unternehmer bei einzelnen gut qualifizierten Arbeitern in der Ent-
lohnung überbieten, um solche Arbeiter für ihre Betriebe zu sichern.
Trotz dieses Aufwandes, der für die Arbeiter der denkbar günstigste ist,
bleibt ein Teil davon für seine wirtschaftliche Lage und auch der
Organisation gegenüber gleichgültig. Es fehlt eben überall an den
geeigneten Kollegen, die agitatorisch eingreifen, um die Gleichgültigen
aufzurütteln. Würde die Tätigkeit in der Organisation bei
den Kollegen wie in Friedenszeiten geblieben sein, so würde es in
allen angeführten Orten wenig Mühe machen, der Zeurung ent-
sprechende Zulagen durchzusetzen. Dies ist und aber nur in einigen
Orten, in welchen eine kleine Mithilfe bei den Kollegen zu be-
wehren ist, gelungen. So wurde in Wien und in einigen Orten
Wiederherstellung, Böhmen, Steiermark und Osterrösch-Schlesien eine
bis 15 prozentige Zeurungszulage erreicht.

Italien. Es ist nichts Neues zum letzten Bericht anzuführen,
daß die fortwährende Mobilisation immer mehr und mehr von
ihren Mitgliedern wegrafft.

Heute zählen wir noch fünf Gruppen Steinarbeiter mit circa
10 Mitgliedern. Bewegungen irgendwelcher Art sind auf Grund
der bestehenden mangelhaften Verhältnisse, durch den Krieg herauf-
geschwollen, absolute Unmöglichkeit.

Holland. Der Unternehmerverband hat auf die Eingabe be-
züglich Zeugnisausgaben eine abschlägige Antwort gegeben und sich
nicht bemüht, zu erklären, daß die normalen Löhne überall inne-
halten werden. Unser Bruderverband beschloß als Antwort, alles
zu wagen, um die gestellten Forderungen durchzusetzen. Die Kol-
legen haben bereits auf einigen Plätzen angefangen und sind dort
schon breittätigen Streik auf einem aufrechtenstehenden Resultat ge-
kommen.

Es scheint allgemein, daß die Steinhauer in Holland die Not-
wendigkeit der Organisation mehr denn je eingesehen haben. Aller-
dings hat in Holland die Steinindustrie keine große Bedeutung.

Ungarn. Eine solche Krise, wie sie hier Krieg mit sich brachte,
die man seit Bestehen der Organisation nie durchzumachen. Die
Erfolgung der Gewerkschaften in den Jahren 1906 und 1907, die
Erfolgung des Unternehmerverbandes, unterstützt von der Regie-
rung, beide Momente vermochten unsere Arbeiter nicht so zu richten wie
der Weltkrieg. Unsere Gesamtmitgliedszahl sank von 12 400 im
Jahre 1913 auf 2697. Ein weiterer Ausfall von Mitgliedern ist noch
erwartet, da die Einberufungen zum Militärdienst weiter an-
nehmen. Daß dadurch auch die finanzielle Lage des Verbandes stark
leidet hat und noch weiter leiden muß, ist selbstverständlich. An
Verbandsmaßnahmen konnten wir im Jahre 1913 noch immer 151 000
Kronen verzeichnen, die aber im Jahre 1914 auf 75 282 Kronen ge-
fallen sind und im zweiten Kriegsjahr auf 25 888 Kronen. Dies be-
deutet die verminderten Beitragsmarken. Dadurch, daß an den statu-
tischen Unterstellungen nichts geändert wurde, konnten wir die
Einnahmen nicht in Einklang bringen und wurde
für Unterstellungen mehr ausbezahlt als die Gesamteinnahmen
sind. Im Jahre 1913 wurde an Unterstellung (ohne Streik-
unterstützung) 44 870 Kronen; 1914: 34 288 und 1915: 36 109 Kro-
nen ausbezahlt. Im zweiten Kriegsjahr wurden also 10 221 Kr.
an Unterstellungen ausbezahlt als die Einnahmen betrugen.

Die nach dem Kriege zusammen tretende Generalkonferenz
über die Höhe der durch das Ministerium des Innern geneh-
igten Statuten festgesetzten Invalidenunterstützung zu beschließen.
Auch wird es an Organisationsarbeit nicht fehlen. Ueber
die während des Krieges können wir leider nicht viel berichten.
Nag uns viel Mühe, die bestehenden Verträge und Tarife überall
durchzusetzen. Erfolge konnten nur in Budapest erzielt werden. Es
ist über diese Bauarbeiter eine zehnprozentige und für die Steinar-
beiter eine 15prozentige Zeurungszulage erzwungen worden. Wenn
der Krieg auch eine Vermittlung angeht hat, so hoffen wir doch,
nach Kriegschluß alles in kurzer Zeit nachgeholt werden kann.
Wir hoffen, daß das Vorkriegsleben ein baldiges Ende nehmen wird.

Die Entwertung der Arbeitskraft während des Krieges.

Ueber die während der Kriegsdauer ganz erheblich gesunkene
Kaufkraft des Geldes schreibt zum Beweis der Notwendigkeit einer
wesentlichen Lohnsteigerung der „Grundstein“ folgendes:
„Jeder Warenverkäufer hält es für ganz selbstverständlich, daß
die Preise seiner Waren steigen müssen, wenn die Herstellungskosten
für diese Waren gestiegen sind. Die Warenkäufer müssen
sich dann ohne weiteres mit einer Erhöhung der Preise abfinden.
Sie tun das auch; denn kein Mensch erwartet von den Waren-
verkäufern, daß sie ihr Vermögen zulegen sollen, um trotz der ge-
stiegenen Herstellungskosten zum alten Preise verkaufen zu können.
Jeder Kapitalist wird es sogar für selbstverständlich halten, daß der
Warenverkäufer aus seiner Tätigkeit noch einen Gewinn erzielen
müsse, der ihm ein auskömmliches Leben sichere und ihm auch die
Ansammlung eines kleinen Vermögens gestatte. Das hält man,
sagen wir, bei jedem Warenverkäufer für selbstverständlich. Ohne
Profit raucht kein Schornstein“, lautet ein bekanntes Sprichwort.

Es ist seltsam, daß dieses Verständnis sofort
aufhört, wenn es sich um die Verkäufer der Ware
Arbeitskraft handelt. Auch die Ware Arbeitskraft muß
hergestellt werden, auch dafür werden Kosten aufgewendet. Alles,
was der Arbeiter zur Fristung seines Lebens, zur Erhaltung seiner
Arbeitskraft und seiner Familie bedarf, fällt unter diese Kosten.
Ist es da nicht selbstverständlich, daß auch die
Preise für die Ware Arbeitskraft steigen müssen,
wenn die Kosten für ihre Herstellung steigen? Ja,
das wäre selbstverständlich — wenn man den Verkäufern der Ware
Arbeitskraft das gleiche Recht zugestände, das allen andern Waren-
verkäufern zugehört. Aber ebenso energisch, wie die Ver-
käufer gewöhnlicher Waren für sich das Recht der Preissteigerung
infolge erhöhter Herstellungskosten in Anspruch nehmen, ebenso
entschieden wird von ihnen in der Regel dem Arbeiter das Recht
bestritten, den Preis seiner einzigen Ware den gestiegenen Her-
stellungskosten anzupassen. Schlag auf Schlag wurden seit Aus-
bruch des Krieges die Preise für fast alle Lebensmittel und Ge-
brauchsgüter erhöht. Weder von den Bauern noch von den
Fabrikanten, noch von den Händlern erwartet man, daß sie für die
Vollstreckung ihrer Vermögen zulegen, ja, man muß es sogar er-
leben, daß ein großer Teil dieser Volksgenossen während des Krie-
ges sein Einkommen verdoppelt und verdreifacht und sein Ver-
mögen gewaltig erhöht hat. Wenn aber die Arbeiter nicht etwa
ihre Ware Arbeitskraft den gestiegenen Herstellungskosten anpassen
wollen — denn so weit gehen ihre Ansprüche während des Krieges
gar nicht —, wenn sie nur einer übermäßigen, ihre Existenz ge-
fährdenden Entwertung ihrer Arbeitskraft entgegenwirken, so hört
plötzlich bei den Unternehmern das Verständnis auf, das man jedem
andern Warenverkäufer entgegenbringt. Man vergißt, daß die Ware
Arbeitskraft schon deshalb vor einer übermäßigen Entwertung ge-
schützt werden mußte, weil auf ihr die Kraft und die Leistungsfähigkeit
des Volkes beruht.

Der Wert der Arbeitskraft wird bekanntlich nicht am Nominal-
oder Geldlohn, sondern am Reallohn gemessen, an der Menge
Lebensmittel und Gebrauchsgüter, die der
Arbeiter für seinen Lohn erwerben kann. Je mehr
Lebensmittel und Verbrauchsgüter er für seinen Lohn be-
kommt, um so höher bewertet ist seine Arbeitskraft und umgekehrt.

In einem ausführlich begründeten Lohnnachweis nach statisti-
schen Feststellungen des Bauarbeiterverbandes seit 1896, im Vergleich
gestellt zum Lohn von 1916 und der darauf verwendeten Arbeitszeit,
weist der „Grundstein“ — im weiteren Vergleich mit den
jetzigen Kosten der Lebenshaltung nach der Calwerischen Statistik
für eine Familienration — darauf hin, daß, nach dieser Grundlage
betrachtet, der Stundenlohn eigentlich um 37,5 Pfg. gesteigert wer-
den müßte.

Alle auf reines Nettoeinkommen angewiesenen Bevölkerungs-
schichten werden uns beikommen in der Auffassung, daß eine Ein-
kommenserhöhung um 50 Prozent, gegenüber der Zeit vor dem
Kriegsbeginn, nur einen teilweisen Ausgleich der gesunkenen Kauf-
kraft des Geldes bedeuten würde. Das Ranko an diesem Ein-
kommen muß jetzt durch eine nachteilige Herabsetzung der Lebens-
haltung ausgeglichen werden. Dieser Zustand kann bei weiterer
Andauer des Krieges nicht aufrechterhalten werden. Nur eine
durchgreifende Reform in der Lebensmittelpreisfrage oder aber
eine allgemeine erhebliche Lohnsteigerung kann einer Schwächung
der Volkskraft vorbeugen. Einen andern Ausweg aus diesem
Dilemma gibt es nicht. Wenn die Unternehmer sich gegen diese
Vogel ablehnen verhalten, darf die Regierung nicht die gleichen
Bahnen betreten. Die Gesamtinteressen der Nation drängen zu
einer entscheidenden Stellungnahme.

Gesetzlicher Schutz für weibliche und jugendliche Arbeitskraft.

Die stark gesteigerte Verwendung weiblicher und jugendlicher
Arbeitskräfte im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß macht eine Er-
weiterung des geltenden gesetzlichen Arbeiterinnen- und Jugend-
schutzes dringend notwendig.

Die Gesundheit der Arbeitenden und der kommenden Gene-
ration, die Rücksichtnahme auf die geistig-sittliche Entwicklungs-
möglichkeit der heranwachsenden Jugend, auf das Kulturbedürfnis
der Erwachsenen und deren wirtschaftlichen, sozialen und politischen
Pflichtkreis, und nicht zuletzt das Gesamtinteresse der Gesellschaft
an dem Gedeihen ihrer einzelnen Mitglieder, erfordern die Errich-
tung hinlänglich hoher und starker Schranken gegen die kapita-
listische Ausnutzung menschlicher Arbeitskräfte.

Im Widerspruch zu dieser Notwendigkeit steht die Tatsache, daß
noch immer das Notgesetz gilt, welches bei Ausbruch des Krieges
geschaffen, dem Reichskanzler die Verfügung einräumt, den bereits
bestehenden gesetzlichen Schutz für Arbeiterinnen, Jugendliche und
Kinder außer Kraft zu setzen.

stand als schwer drückend und unhaltbar empfunden und seine Be-
seitigung herbeigeführt.

Einer in politischen und gewerkschaftlichen Kreisen allgemeinen
Auffassung gibt deshalb die nachfolgende Petition Ausdruck, die Ende
März von den Genossinnen Fieck und Hanna dem Reichstag ein-
gereicht wurde:

Petition betreffend Arbeiterinnen- und Jugendschutz:
Die Unterzeichneten richten an den Reichstag die dringende
Bitte: 1. Um Aufhebung des Notgesetzes vom 4. August 1914, nach
welchem der Reichskanzler für die Dauer des Krieges die Vor-
schriften der Gewerbeordnung über den Arbeiterinnen-, Jugend-
und Kinderschutz außer Kraft setzen kann.
2. Um Einführung des Achtstundentags für Frauen, mindestens
für die in der Schwerindustrie (Großeisenindustrie, Bergbau, Erd-
arbeiten, Müllabfuhr und andre mehr) beschäftigten weiblichen
Personen.

Begründung.
Die Aufhebung der Vorschriften der Gewerbeordnung über
den Arbeiterinnen-, Jugend- und Kinderschutz durch das Notgesetz
vom 4. August 1914 erregte von vornherein Bedenken, die man aber
zurückstellte, weil allgemein mit einer kurzen Dauer des Krieges
gerechnet wurde und deshalb gesundheitliche und sittliche Gefahren
für die Arbeitenden bei einer bloß vorübergehenden Beseitigung
der Schutzbestimmungen nicht zu erwarten waren. Dies um so
weniger, als auch in dem Ministererlaß vom 10. August als allge-
meine Ansicht hervorgehoben wurde, daß bei der Bewilligung von
Ausnahmen mit großer Vorsicht zu verfahren sei, und daß insbe-
sondere Ausnahmen von den Bestimmungen über die Beschäftigung
von Kindern nur in den dringendsten Notfällen gewährt werden
sollten.

In Wahrheit hat die Erwerbsarbeit der Frauen, der Jugend-
lichen und Kinder in einem Maße zugenommen, wie sie niemand
vorausgesehen hat.

Die Frauen sind in Berufe eingedrungen, die ihnen bisher
verschlossen waren und die für den weiblichen Organismus schädlich
sind oder wenigstens nur bei den sorgfältigsten Schutz-
bestimmungen ohne tiefgreifende Schäden ausübt werden können.
Es sei nur erinnert an die Beschäftigung mit gewerblichen Giften
in der chemischen und der Sprengstoffindustrie, an das Heben
schwerer Lasten bei der Geschloßfabrikation, in den Spinnereien
und andre mehr.

Die Beschäftigung von Frauen, Jugendlichen und Kindlichen Ar-
beitskräften in einem über die Bestimmungen der Gewerbeordnung
hinausgehenden Umfang ist auch nicht nach den ursprünglichen In-
tentionen der Regierung und Parteien auf Ausnahmefälle beschränkt
geblieben, sondern ist vielfach zur Regel geworden. Viele tausende
Frauen und jugendliche Personen beiderlei Geschlechts leisten in sehr
erheblichem Umfange Ueber-, Nacht- und Sonntagsarbeit. Diese
Ueberbürdung, in Verbindung mit der Unterernährung als Folge der
außerordentlichen Zeurung und der Knappheit vieler Lebensmittel,
ist von verhängnisvollen Folgen für die Gesundheit der Betroffenen,
die meistens auch noch von tiefem Seelenleid bedrückt sind, und für
die Entwicklung der nachfolgenden Generation, die unter solch un-
günstigen Verhältnissen getragen und geboren wird. Wir fügen einige
ärztliche Urteile bei.

Dabei ist nicht zu verkennen, daß der betreffende Zustand leider
auch zu einer sehr ungünstigen Beeinflussung der noch nicht gefestig-
ten jugendlichen Arbeiter geführt hat.

Und schließlich sei noch erwähnt, daß die dauernde Uebermüdung,
die zur Entkräftung und Gesundheitschädigung führt, den Eintritt
der Invalidität beschleunigt und die Unfallgefahr erhöht.

Die Volksgesundheit und die Charakterentwicklung der Jugend
sind also schwer bedroht.

Dabei kann der Grund: durch Einstellung von weiblichen und
jugendlichen Personen ohne die Beschränkung durch die Arbeiterschut-
tungs-gesetze eine Steigerung im Arbeitsprozeß zu verhüten, gegenwärtig auch
nicht mehr geltend gemacht werden. Das Reichsarbeitsblatt vom
Februar 1916 meldet vielmehr, daß für 183 weibliche Arbeitsuchende
nur 100 offene Stellen vorhanden waren. Allein in Berlin stieg im
Januar 1916 gegen den Vormonat die Zahl der arbeitssuchenden
Frauen von 10 700 auf 14 200, die der offenen Stellen für sie jedoch
nur von 8050 auf 8220. Und ähnlich sind die Verhältnisse sämtlicher Ar-
beitsnachweise, die regelmäßig ihre Einfindungen machen: der Verband
märkischer Arbeitsnachweise, der ostpreussische Verband der polenische,
die Pannurger Landeszentrale für Arbeitsnachweise, das württem-
bergische Staatslandesamt, der Verband westfäl. Arbeitsnachweise.
Nach dem westfälischen Bericht kommen sogar auf 2165 Arbeit-
suchende nur 100 offene Stellen. Aber auch die Zahl der männlichen
Arbeitsuchenden stieg in Berlin im Januar von 11 700 auf 16 100
und die der offenen Stellen nur von 11 850 auf 13 400.

In dem oben erwähnten Ministerialerlaß vom 10. August 1914
heißt es aber ausdrücklich: „Bei der Bewilligung von Ausnahmen
müsse unter allen Umständen beachtet werden, daß dadurch die Ar-
beitslage unter der durch den Krieg arbeitslos gewordenen Männer
nicht vermindert werde.“

Durch die Ueberarbeit der Beschäftigten ist nunmehr die Be-
einträchtigung der Arbeitsgelegenheit für Männer und Frauen ein-
getreten.

Damit steht die weitere Zulassung von Ausnahmen im Wider-
spruch zu dem Willen der Gesetzgeber und dem klaren Wortlaut der
ministeriellen Ausführungsbestimmungen; die Befreiung der Aus-
nahmen wäre also ein Akt der Gerechtigkeit und eine segensreiche
sozialpolitische Tat.

Die Aufhebung des Notgesetzes und die Einführung der Acht-
stundentags für Frauen, mindestens in der Schwerindustrie, würde
Tausenden Beschäftigung und Verdienst geben und viel Not und
Sorge von der Arbeiterschaft nehmen.

Die angeführten ärztlichen Gutachten mußten wir aus Raum-
mangel weglassen. Unsere Leser finden sie in der von der Genossin
Fieck verfaßten Broschüre: „Zur Frage der Frauen- und Kinderschutz-
während des Krieges und nachher“, die in der Vorwärtsbuchhandlung
erzielen und in allen Parteibuchhandlungen zu haben ist.
An einer Stelle ist es Sache der politisch und gewerkschaftlich or-
ganisierten Frauen, im Rahmen der Gesamtbewegung für die Durch-
setzung dieser Forderungen zu wirken.

Entgegnung.

Der Artikel: Fraktionspaltung, möchte ich folgendes erwidern: Eine solche gehässige (!) und einseitige Kampfesweise gegenüber der Wahrheit unterer Abgeordneten, die die reine Fahne des Sozialismus hochhalten, dient nicht dazu, das Gewerkschaftsleben in ruhigen Bahnen zu erhalten. Ist der Artikelshreiber geistig müde, um nicht so weit denken zu können, daß der Artikel nicht dazu dient, indifferente Kollegen zu uns heranzuziehen? Dieser Artikel dient gerade zur Zerstückelung innerhalb des Verbandes. Es würde mir nicht einfallen sein, in diesem widerlichen Streit, der hauptsächlich ein Arieasprodukt ist, Partei zu ergreifen, wenn der Artikel nicht solche Normen gehabt hätte, man hat gerade genug davon in den Tageszeitungen. Man nimmt den Scheidemann und Ebert in Schutz, wie ein Klümlein Rührmichwahn, was gar nicht nötig ist, denn kein Mensch wird beiden ihr Verdienst und den guten Willen, für die Arbeiterbewegung zu wirken, absprechen, nur die Arieaspartie hat diese wie viele andere Genossen anders denken gelehrt, und ich nehme zu ihrer Ehre an, es werden sich viele von der Mehrheit nach dem Kriege wieder ermannern und als reuige Sünder zu den alten, früher vertriebenen Grundsätzen zurückkehren.

Der Kapitalismus, der neu gestärkt (siehe die Arieasämmer) aus dem Kriege hervorgeht, wird schon dafür sorgen, daß sich alle, die sich heute trennen, um die alte stürmerproben Fahne zusammenzuführen.

Die Mehrheit hat einen Schandfleck auf ihren Schild erhalten, so daß man mit dem Dichter keine sagen kann: Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich sage Dir, wer Du bist, denn solche Elemente, die sich soweit veressen können, für die Mundtodmachung Daafes zu stimmen, die kann man ohne weiteres unter die Charakter- und Ehrlosen rangieren, solche sollen keine bleibende Stütze in einer demokratischen Partei behalten. Na, diese werden sich bald genug bis zu den Bürgerlichen hinübergeschwenkt haben, denn dort gehören dieselben hin, da ist ein Zummelpfad für derartige Ausgesessenen. Wenn der Artikelshreiber glaubt, daß durch das Vorzeichen der wackelnden tapieren Männer (die Minderheit) die gelben und christlichen Gewerkschaften gestärkt werden, so bestreite ich dieses. Ich kann mich mit jenem Artikel nicht einverstanden erklären.

Charlottenburg.

Pachmann

Der Abdruck vorstehender Zeilen hat sich etwas verzögert; unser Blatt erscheint bloß noch zweitägig. Daraufhin ginge uns noch nachstehende Antwort zu, die wir den Kollegen ebenfalls nicht vorenthalten wollen:

Herrn Paul Starke, Leipzig.

Fordere den Abdruck meines Eingelands in nächster Nummer. Falls Du glaubst, mich verschleien zu können, so will ich Dir mitteilen,

daß ich von da ab meine Beiträge sparen werde, damit Du wenigstens auch den Erfolg Deiner Dagezeit siehst.

Werde nicht verfehlen, in nächster Versammlung zu Berlin Stellung zu dem groß angelegten Artikel zu nehmen. Ich bin zu lange in der Arbeiterbewegung, um jeden Quark unerwidert mit aufstehen zu lassen.

mit kollegialem Gruß J. Pachmann.

Der Inhalt der Karte zeigt deutlich, wie ernst es dem Kollegen Pachmann mit der Verbandszweckmäßigkeit ist. Er stellt die Fraktionspaltung ein, wenn etwa sein Artikel unerschrocken bliebe. Wir haben die Fraktionspaltung in einem kurzen Artikel besprochen und lebhaft bedauert, daß es so weit kam. Denkt man vielleicht die Zeitungsredaktion darf keine eigene Meinung äußern, oder sollten wir die Spaltung einfach realisieren, ohne dabei sagen zu dürfen, daß wir das Vorgehen der Minderheit nicht billigen. Weil wir also für die Einigkeit in der Partei sind, deshalb werden wir der Forderung beistimmen. Solche Argumente von uns zu widerlegen, hatten wir wahrhaftig nicht für nötig. Die Forderungen der Fraktionspaltung werden allerdings erst nach dem Kriege vollends zum Vorschein kommen. Erst dann werden die deutschen Arbeiter gewahrt, in welcher Weise durch das Vorzeichen der Minderheit das Organisationsleben zerrüttet wurde. Auf eine Widerlegung des Sachmannschen Artikels haben wir keine Veranlassung und weiter einzulassen.

Redaktion.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1915.

Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften veröffentlicht im Zentralblatt seinen Bericht für das Jahr 1915, in dem zunächst die gewerkschaftliche Arbeitsarbeit im allgemeinen erörtert und dabei auch auf die sozialpolitische Verständlichkeitsbestimmter Unternehmerkreise und ihre Absicht, den Vorkrieges zur Zerstückelung der Gewerkschaftsorganisationen zu benutzen, hingewiesen wird. So wird besonders die Taktik des Arbeitgeberverbandes für das Vorkrieges unter die Lupe genommen, dessen Vorhaben bei den Tarifverhandlungen nicht mehr und nicht weniger besteht, als den Versuch zur Sprengung der Tarifgemeinsamkeiten und der Gewerkschaftsorganisation. Weiter geht der Bericht auf die vollwirtschaftlichen Umgestaltungen ein, auf die starke Zunahme der Frauenarbeit, die schon heute von einem Teil der Unternehmerpreise zur Stimulierung für eine systematische Lohnrückbildung benutzt wird, sowie auf die Arbeit der Jugendlichen, denen durch den Krieg eine Rolle im Produktionsprozess zugewiesen ist, die sie mit großer Verantwortung belastet, noch ehe sie körperlich, geistig und moralisch dazu reif sind. In allen diesen Zusammenhängen steht der Berichtshatter die Notwendigkeit eines gemeinsamen Zusammenwirkens der verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen auch nach dem Kriege.

Die einzelnen Organisationen sind durch den Krieg stark betroffen worden. Die Zahl der Mitglieder in den christlichen Gewerkschaften war bis Ende 1915 auf rund 100000 zusammengeschmolzen, die Zahl der zum Berufsstand Einberufenen auf etwa 152500 gestiegen. Es wird aber die Hoffnung ausgesprochen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen durch die heimkehrenden Krieger eine starke Aufwärtsbewegung erleben werden. In diesem Zusammenhang kommt der Berichtshatter auch auf die „Schaltung der Dinge im sozialdemokratischen Lager“ zu sprechen, in dem die Verhältnisse so zueinander hätten, daß von einer völligen Spaltung geredet werden könne. Diefes heißt, daß durch die Zusammenfassung der Kräfte in den sozialistischen Gewerkschaften durchweg andere Gewerkschaften werden und eine heilige Bewahrung entstehe. Dadurch würden aber die Interessen aller Arbeiter berührt, die gerade jetzt für eine Geschlossenheit auf der ganzen Linie wirken müssen. Diese Sorge erhebt sich natürlich ganz naturgemäß. Zunächst haben wir von einer Spaltung in den freien Gewerkschaften bisher nicht das geringste gemerkt, und der gesunde Sinn der sozialistischen Gewerkschaften wird sie vor einer derartigen Fehle bewahren. Wenn der Berichtshatter aber weiter auf den Streit in der sozialdemokratischen Gewerkschaftsfraktion übergeht und den Schritt der Minderheit als eine Aktion bezeichnet, die entscheidende Verantwortung und Selbstschuld verdient, so läßt er sich um Dinge, die ihn betreffen, nicht kümmern, und die er ruhig der Beurteilung der sozialdemokratischen Partei überlassen mag.

Die die Kirchenverbände, so haben auch die Lohnverhältnisse in den verschiedenen Organisationen einen starken Rückgang zu verzeichnen. Die Gewerkschaften des Generalsekretariats verminderten sich um 33% 51, die Ausgaben um 4200 Mk. Der Rückgang in den Gewerkschaften führt in der Hauptsache von den Beiträgen her, die im Jahre 1914 noch 14000 Mk., 1915 aber nur 13100 Mk. betragen. Eine Herabsetzung der Ausgaben wurde durch starke Erhöhungen der Beiträge, an Sekretariatsausgaben und den Organisationskosten erreicht.

Ein neues Steinmaterial.

Man schreibt uns nachstehendes über eine neue Art künstlicher Steinprodukte:

Die „Kalkschmelze und Verfestigung“ in Berlin-Ober-Schönau wurde erzeugt durch Verbrennung des Berliner Kalks mit 11% in für diesen Zweck gebauten Kruppischen Schmelzöfen ein künstliches Steinmaterial, das an Härte unseren härtesten Gesteinsarten gleichkommt. Seine Druckfestigkeit geht bis auf die Höhe einer Ziffer von 2600 (!) Kilogramm pro Quadratmeter heran. Während die natürlichen sehr harten Gesteine — auch Granit — eine gewisse Sprödigkeit und Neigung zum Abbrechen zeigen, ist das künstlich gewonnene Produkt nach einer Mitteilung von Scholl eine absolut homogene Masse von großer Zähigkeit und weist daher auch eine entsprechende Zugfestigkeit auf, die von keinem Naturstein erreicht wird.

Es ist sehr beachtenswert, daß man den Blöden jede beliebige Form geben kann. Es wäre daher nicht ausgeschlossen, sie als Vorlage von Panzerplatten (!) zu verwenden. Hierzu würde sie nicht nur ihre große Druckfestigkeit, als besonders ihre Zugfestigkeit geeignet erscheinen lassen, welcher Eigenschaft der Beton mit Eiseneinlagen keine große Widerstandskraft gegen schwere Wörfergranaten verdankt. Ebenso wie das Erzeugnis sich in Blockform gießen läßt, kann es auch als Schotter für Beton hergestellt werden. Da in Groß-Berlin täglich rund 50000 Zentner Müll produziert werden, ist auch die etwaige Frage der Ergiebigkeit gelöst.

Zur Zeit werden Plaster- und Bordsteine aus dem Material gegossen.

Soweit die Zuschrift. Wenn das alles zuträfe, was in der Zuschrift zum Ausdruck kommt, dann würde der Plastersteinindustrie ein schwerer Konkurrent entstehen. Angenommen, die Darlegungen hingen übertrieben, so ist aber nicht zu verkennen, daß es immerhin möglich ist, daß verbrannter und dann gepreßter Hausmüll zu solchen Zwecken verwendet werden könnte. Dabei braucht die Druckfestigkeit auf den Quadratmeter noch nicht — einmal 3600 Kilogramm zu betragen, es genügt schon eine solche von 2000 bis 2500. Tatsächlich müssen wir damit rechnen, daß sich die Chemie mit einer solchen Verwertung des Hausmülls beschäftigt.



Es mag der Sozialdemokratie sehr hart ankommen, eventuell in einem Kampfe für die Integrität des deutschen Bodens gewissermaßen das famose heimische Regierungssystem und ihre Ziele nicht verteidigen zu müssen; aber diese wird sie nicht durch fremde Eroberer los, sondern allein durch eigene Hilfe, durch Ueberwindung des Systems, das herrscht und schließlich die Massen gegen sich empört. . . In meiner Rede vom 2. März (1880) ist nicht ein Wort, das unsern Standpunkt etwas veränderte, denn wir verteidigen in einem Verteidigungskrieg nicht unsere Feinde und deren Institutionen, wir verteidigen uns selbst und das Land, dessen Institutionen wir in unserm Sinne umgestalten wollen, das allein den Boden für unsre Tätigkeit bildet.

Rebel, 1880.



Korrespondenzen.

Ala I. Unsere letzte Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit der diesjährigen Lohnbewegung. Der Vorsitzende stellte in seinem Bericht über die örtlichen Verhältnisse fest, daß von den 25 Kollegen der Zahlstelle ansehnlichen Mitglieder momentan nur 14 Mann als Steinmetze beschäftigt sind, während die übrigen sich anderweitige Beschäftigung gesucht haben. Infolge der höchst ungünstigen Geschäftslage sei es nicht ratsam, in eine Lohnbewegung für Erhöhung des Stundenlohnes einzutreten. Der Vorschlag des Arbeitgeberverbandes, den alten Tarif um ein Jahr zu verlängern, könne unter der Bedingung angenommen werden, wenn die Unternehmer sich verpflichten, die Feuerungszulage von 3 Mk. auf 5 Mk. zu erhöhen und bis zum 1. April 1917 zu bezahlen. Aufgabe der Kölner Steinmetzen wird es sein, bei der nächstjährigen Tarifverneuerung auf dem Posten zu sein. Die Diskussionsbewegung sich in demselben Sinne. Der Vorstand wurde beauftragt, dem A. G. B. für das Steinmetzgewerbe den Wunsch der Kölner Steinmetzen zu unterbreiten. Auf unsere schriftlichen und persönlichen Vorstellungen erhielten wir vom A. G. B. die Antwort, daß die Unternehmer beschließen hätten, unserem Wunsch nachzukommen und die Zulage von 3 Mk. auf 5 Mk. zu erhöhen. Damit erhöht sich der Stundenlohn um 10 Pfg. auf 87 Pfg. Die Erhöhung tritt vom 1. Mai an in Kraft. Die Lohnbewegung ist damit für uns erledigt.

Rundschau.

Der Krieg und die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.
Das neueste Heft der Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts bringt eine Zusammenfassung der Renten und sonstigen Bezüge, die bis zum Ende des Jahres 1915 auf Grund der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung festgestellt worden sind. Danach wurden im Jahre 1915 festgestellt: 10 180 Invalidenrenten, gegen 1908 618 im Vorjahre.

In den früheren Jahren von 1908 an schwankte die Zahl zwischen 152 588 und 110 960. Das Jahr 1915 weist demnach eine außerordentlich geringe Zahl auf. — 17 480 Krankenrenten gegen 11 998 im Vorjahre.

In den früheren Jahren von 1908 an schwankte die Zahl zwischen 9 216 und 12 719. Nichts ist die Zahl im Jahre 1915 außerordentlich groß. — 11 715 Altersrenten gegen 10 828 im Vorjahre. Hier liegt ein auffallender Unterschied gegen die Vorjahre nicht vor. — 11 304 Witwenrenten gegen 9636 im Jahre 1914, 8474 im Jahre 1913. — 637 Witwenrentenrenten gegen 386 im Jahre 1914, 303 im Jahre 1913. — 107 995 Waisenrenten gegen 30 240 im Jahre 1914, 25 919 im Jahre 1913. — 34 877 Witwengelder gegen 10 278 im Jahre 1914, 8082 im Jahre 1913.

In den vier letzten Gruppen der Witwenrenten, Witwenrentenrenten, Waisenrenten und Witwengelder zeigt sich im Jahre 1915 eine außerordentliche Zunahme der Fälle. Kein Zweifel, daß diese Zunahme zu einem großen Teil auf den Krieg zurückzuführen ist.

Wie der Krieg auf die Steinindustrie einwirkt. In welcher Form der Krieg die Steinindustrie durch die Einberufungen ihrer Arbeiter zum Teile zu leiden hat, geht aus nachstehender Aufstellung hervor: Durch die Steinbruchs-Vereinsgenossenschaften wurden Röhre verfertigt im Jahre 1913: 203 000 000 Mk., im Jahre 1914: 150 000 000 Mk., im Jahre 1915: 94 200 000 Mk. Nichts wurden in der Steinindustrie im Arieasjahre 1915 weit über 100 Millionen weniger an Arbeitslöhnen ausbezahlt als wie im Friedensjahre 1913. Das Jahr 1914 kann zum Vergleich nicht herangezogen werden, weil es im August der Krieg begann.

Quittung.

Vom 17. bis 20. April gingen bei der Hauptkassa folgende Gelder ein:
Straßburg 112.78. Reichenbach 22.50. Wünnenhald 13.32. Kaulbach 10.46. Rappelsdorf 114.18. Jena 62.—. Heilbronn 49.90. Pflaum 103.37. Brück 19.28. Göttingen 6.12. Hall 33.90. Eßau 530.70. Lützen 33.22. Weizen 110.52. Rürnberg 73.58. Rimbach 42.87. Rietz 13.50. Wiesbaden 21.—. Zeil 10.40. Waldenau 12.250. Zittau 4.90. Reichenhaußen 27.16. Mittelsteine 29.35. Karlsruhe 28.68. Rirchberg 213.27. Hildesheim 17.27. Claershausen 12.30. Erfurt 119.60. Koblenz 12.76. Bede 31.44. Alfelden 94.40. Perford 13.70. Langelsheim 51.95. Wünnenhald 22.40. Rühlhagen i. H. 61.15. Verina 245.94. Nüßberg 47.97. Duis-

Burg 18.30. Nördlingen 9.50. Ofchah 58.56. Oberdorf 55.57. Niederlinda 5.70. Marktbreit 22.15. Königsau 156.53. Kirchheim 307.04. Göttingen 15.40. Demitz 126.12. Eisenberg 5.—. Stralund 1.30. Schleg 3.60. Pantow, Ins. 6.40. Verdingen 8.20. Eßendorf 2.60. Gommern 108.—. Gelsenkirchen 26.95. Wulsdorf 21.—. Liegnitz 28.80. Kreuznach 17.60. Gölitz 40.99. Dortmund 30.40. Ailingen, Ins. 2.40. Leipzig 3.—. Biebrach 3.50. Airn 4.85. Gebweiler 10.—.

Hugo Walther, a. St. Kasseler.

Briefkasten.

Schlaf, Hedra. Mit allem einverstanden. Besten Gruß. Der Steinbruchs-Vereinsgenossenschaft steht seit 6 Jahren Herr S. Weinmann vor. W. bekleidete früher eine Direktorenstelle in Solnhofen.

Anzeigen

Granitsteinmetzen

auf grauen schieflichen und schwarzen schwedischen Granit stellt sofort ein

B. Merkel, Liegnitz, Granitwerk.

20 tüchtige Steinmetzen

auf Sandstein oder Muschelkalk

2 Partien Steinbrecher u. Abräumer

finden sofort dauernde Beschäftigung

Philipp Holzmann & Co., G. m. b. H.

Steinmetzabteilung.

Vertriebe: Grünsfeld (Bad.), Harthelm (Bad.), Bürgstadt a. M.

Ein tücht. Marmor-Maschinenschleifer

möglichst militärfrei, für dauernde Beschäftigung gesucht.

Jos. Zwislars Steingeschäft

München, Zieltstr. 52.

Schrifthauer auf Granit

findet dauernde Beschäftigung.

Plettner & Bruhn, Granitwerk, Lübeck.

10-15 tüchtige Steinmetzen

auf Granit werden für sofort bei lohnender und dauernder Arbeit gesucht.

Daul & Tollert, Steinbruchbetrieb in Beucha.

Steinbossierer, Steinbrecher, Tagelöhner

stellt ein

Hengstbergsteinbruch bei Hohnstädt-Grimma.

Bruchmeister G. Wächter, Grimma, Querstraße.

Tücht. Granitsteinmetzen u. Schleifer

stellt sofort ein

Granitwerk Keil & Co., Dresden-Neustadt

Leipziger Str. 31.

Steinmetz Schrifthauer Bedingung, in dauernde angenehme Stellung gesucht.

60 & 8 Stundenlohn.

Kretschmer, Bildhauer, Meseritz (Posen).

Ein tüchtiger zuverlässiger Werkzeugschmied

sucht sofort Arbeit nur in Baden. Angebote unter J. B. N. an die Redaktion des „Steinmetzen“.

Im Felde gefallen

sind nachstehende Kollegen:

Ernst Brey I (Gefress), 40 Jahre alt; Georg Werner (Gefress), 20 Jahre alt; Anton Hauerhanser (Hof), 27 Jahre alt; sämtlich aus der Bezirkshausle Schwandenbach.

Adam Hehn, 33 Jahre alt, aus der Zahlstelle Friedhaußen.

Paul Stange, 27 Jahre alt, aus der Zahlstelle Strigau.

Gottlob Keller, 26 Jahre alt, aus der Zahlstelle Lützenburg.

August Robertzack, 21 Jahre alt, aus der Zahlstelle Wörsch.

Max Rathmann, 87 Jahre alt, aus der Zahlstelle Wörsch.

Paul Beyerlein, 28 Jahre alt, Einzelzahler.

Ehre ihrem Andenken!

(Wir ersuchen die Bezirksvereine, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesursachenformular ausgefüllt wird.)

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden.)

In Dörfheim am 8. April der Sandsteinmetz Theobald Gleber, 34 Jahre alt, an Lungenbluten.

In Oberdorf am 8. April der Kalksteinbrecher Wilhelm Hier, 56 Jahre alt, an den Folgen eines Unfalls.

In Jannowitz am 12. April der Hilfsarbeiter Karl Klinge, 58 Jahre alt, an Herzschlag.

In Verdingen am 13. April der Sandsteinmetz Ludwig Hampf, 48 Jahre alt, an Lungentuberkulose.

In Pirna am 19. April der Röhmer Otto Viehzig, 55 Jahre alt, an Herzerkrankung. — Ebenfalls am 21. April der Sandsteinmetz Oswald Püschel, 48 Jahre alt, an Lungenleiden.

In Eschershausen am 23. April der Sandsteinmetz Wilhelm Warnecke, 53 Jahre, an Lungentuberkulose.

In Ramenz am 24. April der Plastersteinmetz Ernst Naumann, 53 Jahre alt, an Lungen- und Kehlkopfleid.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Paul Starke, Leipzig.

Verlag von Paul Starke in Leipzig

Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.